

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Zel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 3 Uhr
Drucker: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Ruhrschiedspruch verbindlich.

Er enthält eine Lohnerhöhung von 4 Prozent.

Das Wolffsbureau meldet: Der Schiedspruch vom 27. August ist auf Antrag der Bergarbeiterverbände vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches ist allgemein erwartet worden. Auch die Zechenbesitzer haben damit gerechnet, obwohl sie den Schiedspruch bekanntlich abgelehnt hatten.

Die allerdings geringfügige Lohnerhöhung von durchschnittlich 4 Proz. der Bergarbeiterlöhne des Ruhrgebiets bedeutet praktisch nur die Wiederherstellung der Vorkriegslöhne. Nach den durch diesen Schiedspruch in Kraft gesetzten Löhnen werden die Bergarbeiterlöhne ungefähr die Friedensreallohn erreicht haben.

Deutschnationale Sorgen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht einen Leitartikel, in dem sie das für einen Deutschnationalen immerhin bemerkenswerte Kunststück fertig bringt, gleichzeitig die „nationalwirtschaftlichen“ Interessen der englischen und der deutschen Grubenbarone wahrzunehmen.

Sie (die englischen Zechenbesitzer) stehen, nach allen aus England stehenden Informationen, noch unverändert auf dem Standpunkt, daß der Streik unter Berücksichtigung dieser im

besten Sinn nationalwirtschaftlichen Erfordernisse beendet wird oder aber weitergehen muß.

Nachdem die „Deutsche Tageszeitung“ derart die nationalwirtschaftlichen Interessen Englands wahrgenommen hat, denkt sie auch an die nationalwirtschaftlichen Interessen der deutschen Zechenbesitzer. Sie knüpft an den letzten Schiedspruch im Ruhrbergbau an, weist darauf hin, daß der deutsche Bergbau mit einer scharfen Konkurrenz der englischen Kohle wird rechnen müssen, wenn die englischen Bergarbeiter unterliegen und schreibt:

„Ob daher der Zeitpunkt für Lohnerhöhungen geeignet ist, wie sie die deutschen Bergarbeiterverbände jetzt fordern, erscheint unter nationalwirtschaftlichem Gesichtspunkt doch sehr zweifelhaft.“

Man sieht also, daß das „nationalwirtschaftliche“ Interesse der Deutschnationalen so weit geht, die Niederlage der englischen Bergarbeiter aus tiefstem Herzen zu wünschen, damit der deutsche Bergbau es mit einer scharfen Konkurrenz zu tun bekommt. Der wesentliche Gesichtspunkt aber eines echten Deutschnationalen geht darauf hinaus, daß die deutschen Bergarbeiter möglichst lange schuften und möglichst elend leben.

Die Not der deutschen Arbeiterschaft, die unsere Gewerkschafter und Sozialisten sonst gar nicht streng genug ausmalen können, muß demnach doch wohl nicht so groß sein, um nicht noch eine recht stattliche Menge von deutschen Arbeitergroßhänden ins Ausland fliehen zu lassen.

Die deutschen Arbeiter sind eben nicht so „nationalwirtschaftlich“ eingestellt, daß sie den Sieg der englischen Zechenbesitzer wünschen, um für den deutschen Bergbau eine scharfe Konkurrenz heraufzubeschwören. Trotz der großen Arbeitslosigkeit, trotz Kurzarbeit und Lohnabbau sammeln die deutschen Arbeiter für die englischen Bergarbeiter. Sie wünschen — und darin unterscheiden sie sich von den Deutschnationalen — aus vollem Herzen die Niederlage der englischen Zechenbesitzer, nicht nur im Interesse der englischen, sondern auch im Interesse der deutschen Bergarbeiter.

Zustimmung in Genf.

Einstimmig angenommen. Bei Stimmenthaltung Spaniens und Vorbehalten Polens, Schwedens und Italiens.

V. Sch. Genf, 1. September. (Eigener Drahtbericht.) In der öffentlichen Plenarsitzung der Studienkommission, die kurz nach 11 Uhr begann, berichtete zunächst Vorsitzender Motta über die bereits gemeldeten Ergebnisse der Unterkommission, wobei er unterstrich, daß es sich um eine Zwecklösung zur Ueberwindung der Ratskrise handle.

Dann ergriff Cantillo-Argentinien das Wort, um zu betonen, daß sein Land zwar grundsätzlich an dem Standpunkt der Gleichheit aller Staaten im Völkerbund festhalte, wegen dessen es sich 1920 aus dem Völkerbund entfernt habe. Dennoch habe seine Regierung dem Vorprojekt zugestimmt. Durch den neuen Entwurf habe man sich aber von dem Prinzip der Gleichheit aller Staaten noch weiter entfernt als im Mai. Trotzdem werde Argentinien unter Herabsetzung dieser Vorbehalte sich auf den Boden der Interessen des Völkerbundes stellen und der neuen Lösung zustimmen in der Hoffnung, daß der Grundsatz der Gleichheit aller Staaten im Völkerbund sich in der Zukunft durchsetzen werde.

Lord Cecil appellierte darauf an Spanien, dieser Lösung zuzustimmen, die dem Wunsch der spanischen Regierung in weitestem Maße Rechnung trage, z. B. durch die Streichung der Bestimmung aus dem Rotentwurf, wonach der Völkerbund mit Zweidrittelmehrheit beschließen könnte, die Neuwahl aller neun nichtständigen Mitglieder vorzunehmen.

Nach einer überflüssigen Rede des Vertreters Japans wiederholte der Schwede Sjöborg seine kurze Erklärung aus der Unterkommission, nämlich daß Schweden bereits im Mai seine Zustimmung als ein schweres Opfer empfunden hätte. Die neue Fassung müde der schwedischen und auch anderen ähnlich denkenden Regierungen weitere Opfer zu. Er gebe ihr seine Zustimmung nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß sie einstimmig angenommen werde und damit die Lösung der gegenwärtigen Völkerbundskrise ermöglichen.

Der Vertreter der Tschechoslowakei Wewerka begründete die Zustimmung seiner Regierung zu dieser Lösung damit, daß sie dem demokratischen Prinzip entspreche und daß sie außerdem die einzige praktische Lösung zur Ueberwindung der gegenwärtigen schweren Krise bilde.

Dann ergriff der Vertreter Italiens, Scialoja, das Wort, um einen dringenden Appell an die spanische Regierung zu richten, dem Völkerbund beizutreten und hob die Verpflichtung hervor, die Spanien bisher im Völkerbundsrat erworben hätte und sprach weiter die Erwartung aus, daß Spanien ferner Mitglied des Völkerbunds werden würde.

Der Vertreter Chinas, Chao Pin So, erklärte unter Heiterkeit, er möchte im voraus wissen, welches die drei Staaten sein werden, die für wiederwählbar erklärt werden. Es hätten mehr als drei Staaten, darunter China, den ständigen Ratssitz gefordert. Und es hätten nach dem neuen Kompromiß nur drei Staaten wenigstens einen halben ständigen Ratssitz zu erhalten. Es werde mindestens ein Staat auf der Strecke bleiben. Wenn aber China nicht zu diesen drei halbständigen gehöre, dann würde das Kompromiß kein solches mehr sein, da China eine Krise des Völkerbundes hervorrufen werde!

Der Argentinier Cantillo ergriff noch einmal kurz das Wort und schloß sich dem Vorbehalt Schwedens ausdrücklich an, indem er erklärte, er stimme nur dem Kompromiß zu, wenn Einstimmigkeit herrsche.

Dann erklärte der polnische Vertreter Sotak, daß er Bedenken gegen diese Bestimmung hege, daß weitere Staaten in den nächsten Jahren für wiederwählbar erklärt werden könnten; er hätte nicht gewünscht, daß das Vorhandensein „ganz außergewöhnlicher Umstände“ durch besondere Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit der Vollversammlung festgestellt werde. Sonst werde er im Interesse der Einigung sich dem Entwurf nicht widersetzen.

Die wichtigste Erklärung der Sitzung war die des Spaniers Palacio, daß er sich der Stimme enthalten werde. Er dankte für das Lob, das Lord Cecil dem Wirken seines Landes im Völkerbund gezollt hatte.

Nachdem der Vorsitzende Motta sich bemüht hatte, die Bedenken des Japaners und des Chinesen zu zerstreuen, schritt er zur Abstimmung. Er stellte fest, daß der neue Entwurf der Unterkommission einstimmig bei Stimmenthaltung Spaniens angenommen sei. Vorbehalte hätten lediglich die Vertreter Polens, Schwedens und Italiens gemacht.

Der Inhalt der Vorbehalte Polens und Schwedens ist an anderer Stelle angegeben, der Vorbehalt Italiens geht dahin, daß die Gesamtzahl der Mitglieder des Völkerbunds niemals 14 überschreiten dürfe und daß, falls jemals die Zahl der ständigen Ratssitze 5 überschreiten sollte, die Zahl der nichtständigen entsprechend herabgesetzt werden müßte.

Der Galgen von Angola.

Das nachbestellte Todesurteil prompt geliefert.

Angora, 31. August. (WZB.) Das Unabhängigkeitsgericht verurteilte heute den wegen Verschwörung angeklagten Abdul Kadir, nachdem dieser seine Verteidigungsrede gehalten hatte, zum Tode. Die Hinrichtung wird noch heute nacht vollzogen.

Ablenkungsversuch.

Ein republikanischer Staatsanwalt und die Feme.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Schaeffer-Breslau, Mitglied des Reichstags (Deutschnational), ist Mitberichtersteller im Femeauschuß des Reichstags. Er hat seinerzeit in der „München-Augsburger Abendzeitung“ die Hege interessierter bayerischer Kreise gegen den Femeauschuß des Reichstags unterstützt. Als die schweren und wohlbegründeten Anklagen gegen den derzeitigen bayerischen Justizminister Dr. Görtner von uns veröffentlicht wurden, hat er sich zum Verteidiger der Mörderbegünstigung aufgeworfen. Er fand alles in Ordnung. Er fand es in Ordnung, daß man die Mörder laufen ließ und ihnen Gelegenheit gab, den schlüssigen Beweis ein Jahr lang zu verwischen. Der Herr Staatsanwaltschaftsrat befahl damals zugleich die Unvorsichtigkeit, mitzuteilen, daß er demnächst eine Ablenkungsoffensive unternehmen werde und deutete gleichzeitig die Richtung an.

Dieser Ablenkungsversuch wird jetzt unternommen. In der „Deutschen Zeitung“ und der „München-Augsburger Abendzeitung“ erscheint gleichzeitig eine Veröffentlichung des Herrn Staatsanwaltschaftsrats, überschrieben: „Der Ursprung der Femehege“. Die Wahl der Publikationsorgane ist bezeichnend. Es handelt sich um die Zeitungen der rechtsradikalen Putzisten. Die „München-Augsburger Zeitung“ speziell ist das Organ des Dr. Roth, ehemals bayerischer Justizminister und Borgefesselter des derzeitigen Ministers Dr. Görtner, jenes Dr. Roth, der eines der Hauptrollen der bayerischen Putzisten in der Rahrzeit war und sein Amt zur Vorbereitung des Putzsches mißbrauchte.

In diesen Organen unternimmt der Herr Staatsanwaltschaftsrat die Ablenkungsoffensive zugunsten der Femeorde und ihrer Begünstiger. Der Ablenkungsversuch stellt folgende Thesen auf:

Es gibt keine Femeorde, sondern nur eine Femeordhege.

Die Femeordhege ist eine sozialdemokratische Erfindung.

Diese Behauptungen sollen bewiesen werden mit einer Erörterung des Falles Bauer-Franz v. Puttkamer, der im Femeauschuß des Reichstags behandelt worden ist. Der Tatbestand ist der folgende:

Ein Mitglied des rechtsradikalen Blücherbundes in München, der Student Bauer, plante Ende 1922 auf Anfang 1923 einen Mordanschlag auf Scheidemann. In den Kreisen des Blücherbundes verkehrte Genosse Puttkamer, der wegen seines adeligen Namens dort für einen Rechtsputzisten genommen wurde. Er erfuhr von dem Plan Bauers, setzte sich mit ihm in Verbindung, horchte ihn aus und teilte seine Wahrnehmungen dem Reichskommissariat für öffentliche Ordnung mit. Am 19. Februar 1923 wurde Bauer wegen Betrags gegenüber Puttkamer von einem Mitglied des Blücherbundes ermordet — ein echter Femeord. Puttkamer aber, der dem Reichskommissariat von dem Bestehen der Mordorganisation und der Mordpläne Anzeige erstattet hatte, wurde am 26. Juli 1923 vom Münchener Volksgericht zu acht Monaten Gefängnis verurteilt — wegen Aufforderung zum Mord und Verhegen gegen das Republikanischgesetz.

Das ist der Tatbestand. Ein politischer Mordplan eines Angehörigen einer Mordorganisation, ein Femeord, wie er im Buche steht, und ein Urteil, das den Anzeiger wegen — Aufforderung zum Mord verurteilt. Gestützt auf diesen Tatbestand will der Herr Staatsanwaltschaftsrat folgendes beweisen:

Aufgabe dieses Aufsatzes soll es sein, an der Hand des ersten „Femealles“, der den Femeauschuß beschäftigt hat, und den zu veröffentlichen daher nach dem Beschlusse des Femeauschusses vom 19. Mai 1926 keinerlei Bedenken bestehen, die Unwahrhaftigkeit der sozialdemokratischen und demokratischen Femehege der Öffentlichkeit nachzuweisen.

Von Femeorden weiß nämlich der Herr Staatsanwaltschaftsrat nichts. Kühn versichert er:

„Ob und inwieweit in Deutschland tatsächlich Femeorden vorgekommen sind, darüber schon heute ein Urteil abzugeben, halte ich mich im heiligen Stadium der Verhandlungen des Femeauschusses, die noch viele Monate, vielleicht noch Jahre dauern können, nicht für befugt.“

Das sagt der Herr Staatsanwaltschaftsrat, der den Fall Sandmeyer, den Fall Dobner, den Fall Hartung, den Fall Gareis bis in die Einzelheiten kennt, und der die Fäden, die in diesen Fällen zur Mörderzentrale der bayerischen Einwohnerwehr führen, an der Hand der Akten genau verfolgen kann! Er möchte jahrelang untersuchen, damit eine kriminalistische Vereinigung des schwachvollen Mordsystems und eine Bereinigung der Beamtenschaft von mißshuldigen Beamten verschleppt und erschwert wird. Auch ein interessantes Geständnis.

Der Herr Staatsanwaltschaftsrat weiß nichts von Femeorden. Er kennt nur eine „Femehege der Linken“, und er besitzt die Stirn, zu behaupten, diese „Femehege“ stütze sich nicht auf Tatsachen, sondern auf ein falsches, „gewissenloses“ Telegramm des Genossen Puttkamer:

„Und obwohl nun v. P., wie er unter Eidesschwur zugeben mußte, nichts von Feme und Femeorden im Blücherbund weiß, telegraphiert er am 10. März 1923 abends an den „Vorwärts“ folgendes:

„Die Behörden werden gut tun, sich eine Organisation besonders genau anzusehen, in der politische Mörder jagungsgemäß unterstützt werden.“



Es ist inzwischen festgestellt, daß dieses „Vorwärts“-Telegramm unseres Franz v. P. vom 10. März 1926 das Signal zu der Femehege der Linken gegen die Rechte geworden ist.

Diese Behauptung ist eine politische Rechtfertigung, dafür aber für einen Juristen eine klägliche Leistung.

Die Linke war empört über das Mordsystem. Mord an Erzberger! Mord an Rathenau! Mordanschlag an Scheidemann! Sie war empört über das System der Feme-morde: Mord an der Sandmeyer! Mordver-luch an Dobner! Mord an Gareis! Mord an Hartung! Die Empörung darüber nennt der Herr Staats-anwaltschaftsrat „Femehege“.

Es bedurfte keines Ruitfamer-Telegramms, um einen öffentlichen Feldzug aller anständigen Menschen gegen das verrückte Mordsystem hervorzurufen — die Morde selbst sprechen laut genug.

Ist das klar, Herr Staatsanwaltschaftsrat? Warum schweigen Sie von diesen verübten Morden, die Sie kennen? Der Herr Staatsanwaltschaftsrat versichert:

„Jeder anständige Mensch verurteilt Morde, vor allem tut es der Christ, kraft seiner christlichen Gesinnung.“

Warum ist es denn dem Herrn Staatsanwaltschaftsrat — Christ und anständiger Mensch — so unbequem, und warum empört es ihn, daß die Presse der Linken diese Morde und das verrückte Mordsystem öffentlich gebrandmarkt hat? Warum versucht er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit abzulenken von den Versuchen, die Zusammenhänge des Mord-systems aufzudecken? Warum stellt er sich schützend vor das Vertuschungssystem?

Seltene Geistesbeschaffenheit eines Staatsanwaltschafts-rats, der in dem Mordsystem keine Schädigung des Ansehens des deutschen Volkes sieht, die Brandmarkung des Systems aber als „ungeheuerliche Femehege“ bezeichnet, die „dem An-sehen Deutschlands unendlich geschadet habe“!

Dieser Staatsanwaltschaftsrat Dr. Schaeffer, Mit-glied des Reichstags (deutschnational) sucht die Öffentlichkeit von den Spuren des Mordsystems abzuziehen. Er handelt wie die „München-Augsburger Abendzeitung“, die nach der Ermordung Erzbergers am 12. September 1921 schrieb:

„Die Kugeln gegen Gareis und Erzberger kamen nicht aus „nationalistischen“ Revolvern. Ein Komplott derart: die bolschewistische Revolution zu vollenden, zu dem Zweck durch kommunistische Hand Morde voll-bringen zu lassen und dadurch die Hege gegen rechts zu entfesseln, welche die Masse für eine neue Revolution reif machen soll.“

Als die „München-Augsburger Abendzeitung“, das Organ des ehemaligen deutschnationalen Justiz-ministers Dr. Roth, das Organ des Dr. Traub und Dr. Görtner, dies schrieb, wußte sie, daß die Morde an Sandmeyer und Gareis nationalistiche Feme-morde waren. Sie wußte, daß sie bewußt auf falsche Spur lenkte. Ist es ein Zufall, daß der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Schaeffer in diesen Tagen den Versuch unternimmt, von den Spuren der Feme-morde abzulenken?

Kamen die Kugeln gegen Erzberger aus kommunistischen oder nationalistischen Revolvern? Die Kugeln gegen Gareis, gegen Hartung? Waren es Kommunisten, die die Sandmeyer ermordeten? Wie stehts damit, Herr Staats-anwaltschaftsrat? Sind Sie blind, wenn Sie die abscheulichen Verbrechen von rechts sehen wollen?

Es ist ein Staatsanwaltschaftsrat, ein Jurist in hoher ver-antwortlicher Stellung, der die Ablenkungsoffensive zugunsten des Mordsystems unternimmt, und dieser Staatsanwaltschafts-rat ist — Beamter der Republik.

Mellon in Paris. Der nordamerikanische Schatzsekretär soll heute, Dienstag, eine Beisprechung mit Poincaré und Briand haben. Man verspricht sich aber nicht viel davon, da Mellon durch das Schuldenabkommen gebunden ist und nicht darüber hinausgehen kann, wenn Frankreich es auch noch nicht ratifiziert hat.

## Der Feuermelder.

Neulich habe ich im Reichsministerium des Innern zu tun. Das ist das rote Gebäude am Platz der Republik, darin ehemals der Generalfeldmarschall Deutschland unbesiegt machte, und von dessen Balkon Wolke heruntergrüßte, als der Fackelzug ihm zum neunzigsten Geburts-tage gratulierte. Was ich damals nicht vergessen habe, weil es sehr würdig war, und ich wußte, daß er eine Perle trug. Es ist aber nichts gesehen.

Als der große Krieg kam, durfte niemand an dem Hause vorbeigehen, er mußte auf die andere Seite der Straße hinüber, weil er sonst vielleicht die Pläne des Kessens in die Luft gesprengt hätte. Was, nach deren Erfolg zu urteilen, nicht so bedauerlich gewesen wäre.

Es ist aber nichts in die Luft gestiegen, nur spärlich, als schon alles erledigt war und statt des verfallenen Generalfeldmarschalls das Innere der Republik in das rote Haus eingezogen war, flog, von Kästern angewandt, der Staatssekretär Bewald, weil er die gute, alte Zeit nicht mißsen mochte. Nummer scheint aber wieder etwas flug-reisig geworden zu sein. Zum mindesten ein Bleistift.

Zu dieser etwas mysteriösen Meinung verhilft ein Aushänge-schild, das angibt, wo der nächste Feuermelder zu finden ist. Solch Hinweis ist auch für ein Ministerium sehr wichtig, weil sonst Alten verbrennen könnten; aber er hat nur einen Zweck, wenn man er-fährt, wo denn nun der nächste Feuermelder zu finden ist. Es stel mir auf, daß das Plakat im Reichsministerium des Innern darüber nichts mitteilt.

Sch möchte nicht annehmen, daß eine so simple Adresse als un-durchdringliches Geheimnis behandelt wird, etwa so, wie das Reichs-schulgesetz, das zu schätzen Herr Käitz eine reporterische Marmeladen-büchse aus ff. Demotrotenstahl ausgehakt hat.

Sch überlegte: warum ist nicht zu lesen, wo der nächste Feuer-melder zu finden ist? Ist das Absicht, embryonale Brandstiftung, Vor-schubleistung? — Jetzt sah ich es, die Adresse war fortgestrichen. Da, baltig, wie mit weisland Bismarcks gigantischem Bleistift. Es glänzte störrig. Durchstrichen war, wo der nächste Feuermelder zu finden ist.

Zu der Phologie nennt man so etwas Palimpsest. Ueber-schriebene Handschrift; aus Sparbarkeit istens die Ründe, wenn sie nicht genug Pergament hatten. Aber hier ist nicht das Kultus-ministerium; hier wird man von Palimpsesten kaum etwas wissen. Hier dieser dicke Strich, ist auch keine Sparbarkeit. Er ist eine Deklaration, eine Rundgebung, ein öffentlich im Reichsministerium des Innern, dem die Wahrung der Verfassung besonders anvertraut ist, angehängenes Pamphlet, eine Proklamation des heimlichen Käatze. Unter dem Strich ist zu lesen: Friedrich-Ebert-Straße.

Sch schwarzweißrot; Sch Schröder-Hugenbergisch. Substanzig, feig und dumm. Tausend gegen eins ist zu wetten, daß nicht etwa ein Hausbesucher, daß vielmehr in Beamter der Täter ist.

## Es geht nicht ohne JH.

Er kommt mit Gottes Hilfe wieder.

Der amerikanische Professor Herman Bernstein hat ein Buch, „Der Weg zum Frieden“ geschrieben und ein Exemplar davon nach Doorn geschickt. Er erhielt darauf, wie das „Berliner Tageblatt“ zu berichten weiß, folgenden Brief: Haus Doorn, Holland, 26. Juli 1926. Herrn Hermann Bernstein, New-York.

Sehr geehrter Herr!

Mit Bezug auf Ihr an Se. Majestät den Kaiser gerichtetes Schreiben vom 17. Juli habe ich die Ehre wie folgt zu antworten: Der einzige Weg zum Frieden besteht darin, Deutschlands Schuldlosigkeit am Kriege anzuerkennen und das schmachvoll auf-erlegte Versaillescher Schanddiktat zu beseitigen, das auf die Mythe von Deutschlands Schuld gegründet ist, sowie Deutschland zu sei-nem Vorkriegszustande einer Monarchie unter seinem Kaiser zurückzuführen.

Ohne dies wird es niemals Friedengeben! Der deutsche Kaiser hat dreißig Jahre lang den Frieden der Welt zu bewahren gewußt; mit Gottes Hilfe wird er es wiederum tun.

Auf allerhöchsten Befehl Se. Majestät des Kaisers und Königs, gez. Graf Finkenstein.

Nun können sich die Amerikaner den Kopf darüber zer-brechen, was ER mit diesem Brief eigentlich will. Will er noch einmal „zum Schwerte greifen“, weil es ohne JH doch keinen Frieden gibt? Oder ist der Brief nur ein an das Aus-land gerichtetes Gefuch um Wiederanstellung, weil SEIN Abbau nur wegen eines Mißverständnisses erfolgt ist?

Von Wilhelm II. wundert einen nichts mehr. Wundern muß man sich nur über den Grafen Finkenstein. Sieht dieser treue Diener in seinem beschränkten Verstande nicht, daß er seinen Herrn zur komischen Figur macht?

## Einigung durch Spaltung.

Um den Stahlhelmsack — Sprengung des Jungdo.

Der große Vereinigungssammel, der angesichts der sächsischen Landtagswahlen die dortigen Rechtsverbände und Rechtsparteien er-saßt hat, führte noch zu keinem anderen Ziele als zu dem, daß sich — der Jungdeutsche Orden zunächst einmal spaltet.

Nämlich so: Der sächsische „Großkomtur“ der Jungdo, ein „Bruder“ namens Hans von Tschammer und Osten, hatte den Rattenfängerjünglingszug politischer Kinder mitgemacht, bis zu-nächst der Leiter des Ordens, Mahraun, und ihm folgend das sogenannte „Hochkapitel“ Einspruch dagegen erhob, daß die Ordens-brüder sich in den „Parteitum“ einmischten.

Diese Ablehnung seiner Sammelstätigkeit hat nun den Bruder Tschammer-Osten veranlaßt, sein Amt als Großkomtur niederzu-legen und außerdem aus dem Orden auszutreten. Die übrigen sächsischen Komture beizien sich, öffentlich zu erklären, daß sie zu dem Daongelaufenen nach wie vor größtes Vertrauen haben.

Das bedeutet also die regelrechte Aufspaltung der „Komture“ gegen „Hochmeister“ und „Hochkapitel“. Nur weil die Deutschnatio-nalen und ihre Freunde, der Weineids-Ehrhardt, einen „Ordnungs-klub“ brauchen!

## Reichswehr und Stahlhelm.

Das fällige Dementi.

Prenzlau, 1. September. (Eigener Drahtbericht.) Das De-menti der Reichswehr wegen der Beteiligung der 7. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 5 an dem Sportfest der hiesigen Ortsgruppe des „Stahlhelm“, das wir in unserer gestrigen Abendausgabe veröffentlichten, beweist wieder einmal, wie sehr sich das Reichswehrministerium von den unteren Dienststellen an der Nase herumführen läßt. Richtig daran ist nur, daß ein-zeins Angehörige der 7. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 5 Mitglieder des Vereins für Bewegungsspiele sind. Da aber

an diesem Sportfeste neben dem Verein für Bewegungsspiele auch die 7. Kompanie sich offiziell beteiligte, mußten gerade diese Mitglieder als Reichswehrangehörige und nicht als Mit-glieder des Vereins für Bewegungsspiele teilnehmen. Rein äußerlich war dies schon daran erkennbar, daß der Verein für Bewegungsspiele in seinem Sportdress, die 7. Kompanie, die Traditionskompanie der Waisäter, in ihrem Reichswehrsportdress mit dem Weisftein an der Brust starteten. Bei der Lannenbergstafel am Vormittag, die sich aus einem Läufer, einem Reiter, zwei Schwim-mern und wieder einem Läufer zusammensetzte, trat als erste Mann-schaft der Werwolf, als zweite der Verein für Bewegungsspiele und als dritte die 7. Kompanie ein. Von den sechs Teilnehmern der 7. Kompanie sind nur drei Mitglieder des Vereins für Be-wegungsspiele. Der Reiter, ein Reichswehroffizier auf einem Dienst-pferd des hiesigen Stabes, und die beiden Schwimmer sind nicht Mitglieder des Vereins für Bewegungsspiele, sind es jedenfalls am Tages des Sportfestes noch nicht gewesen. (!) Bei den sportlichen Wettläufen am Nachmittag traten sogar der Verein für Be-wegungsspiele und die 7. Kompanie in scharfer Konkurrenz. Bei der 20x100-Meter-Stafel erhielt den ersten Preis die 7. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 5, den zweiten der Verein für Be-wegungsspiele, den dritten Werwolf-Prenzlau. Auch bei dieser Mann-schaft der 7. Kompanie waren ungefähr 10 Reichswehr-angehörige, die nicht Mitglieder des Vereins für Bewegungsspiele sind. Dem Verein für Bewegungsspiele entstanden sogar Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung seiner Mannschaften durch das Fehlen der Mitglieder, die der Reichswehr angehören. Von einem Fehler auf dem Programm kam gar keine Rede sein. Ebenso lächerlich ist es, wenn sich der Standortälteste, Major Oster-roth, der während des Hitler-Bußmarsches Kommandeur der Infanterieschule in München war, vorher versichern läßt, daß ein Stahlhelm-Sportfest „unpolitisch“ ist und auch heute noch dem Reichswehrministerium gegenüber die Stirn hat, zu be-haupten, das Fest mit seinen schwarzweißroten und Toten-kopffahnen und Stahlhelmsapelle sei unpolitisch ge-wesen. Armeegepäckmarkt, Bajonett auf Zeltbahn, Holzfeulenwert-wurf (lies: Handgranatenwerfen), 100-Meter-Schwimmen mit Gepäck auf Zeltbahn, Kleinkaliberschießen, alle Nummern des Sport-festes pflegen im allgemeinen auch nur von der Reichswehr oder ihr nahestehenden Rechtsorganisationen betrieben zu werden. Während der sportlichen Wettläufe konzentrierte die Stahlhelmsapelle, und im trauten Verein sammelten sich Reichswehr und Stahlhelm, Werwolf, Blombergjugend, alles in uniform. Ein Reichswehrosack sagte bezeichnenderweise: „Das ist doch ganz was anderes, als in „Rostsch“ aufmarschieren!“ Und das amtliche Kreisblatt schrieb am nächsten Tage in seiner „Stahlhelmsapelle“ bei Beginn seines Berichts über das Sportfest: „Wenn es den Republikanern auch wehe tut, so müssen wir doch sagen, daß am gestrigen Tage das schönste hohenzollernsche Wetter war, welches sich der Stahlhelm an seinem Sportfest wünschen konnte.“

Vielleicht erkundigt sich das Reichswehrministerium gleichzeitig bei dem Führer der 7. Kompanie, Herrn Oberleutnant v. Schwerin, über seine Beziehungen zum Stahlhelm, z. B. ob auch nicht vor einem Jahre die Reichswehr sich an dem Sportfest beteiligt hat und ob im Herbst 1924 in der hiesigen Kaserne ein acht-tägiger Kursus für Stahlhelmführer abgehalten wurde, an den sich der berüchtigte „private“ Sportkursus in Wünsdorf anknüpfte.

Der Reichswehrstand der Deutschen Volkspartei legt seit Dienstag in Berlin. Er hat neben inneren Parteistritten hauptsächlich sich mit dem Jahres-Plan des Rechtsblocks zu befassen. Wie wir hören, besteht bei den Leuten um Stresemann noch immer keine Reue, eine Arbeitsgemeinschaft mit denen herzustellen, die Streis-manns gesamte Außenpolitik ablehnen und bekämpfen.

Deutsche Touristen in Dänemark. Die beiden dänischen Beteile in Berlin, „Freia“ und „Enigheden“, haben einen Protest gegen die Ausweisung der beiden deutschen Touristen aus Korsör be-schlossen; sie weisen hin auf die Gefahr, die daraus entstehen könnte, wenn Deutschland zu Gegenmaßnahmen schreiten würde, und daß dann viele in Deutschland lebende Dänen ausgewiesen werden müßten, die nicht so gut situiert sind, daß sie größere Geldbeträge bei sich führen.

Eine Richtigkeit, gewiß. Aber: was wäre im Kaiserreich einem Bereideten solcher Gesinnung geschehen? Wo wäre er geblieben? Gemach, es soll bereits ein Verfahren eingeleitet sein: gegen den prozozierenden Feuermelder. Friedrich Eisenbahn.

## „Und Pippa tanzt“ in den Kammerspielen.

Man besinnt sich wieder auf Gerhart Hauptmann. Heute werden drei seiner Komödien auf Berliner Bühnen gespielt. Unter den lebenden deutschen Dramatikern spricht Gerhart Hauptmann immer noch am eindringlichsten zu uns. Auch wenn man, wie gestern die Kammerspiele des Deutschen Theaters, „Und Pippa tanzt“ auf-führt, das schlesische Moshüttenmärchen ist immer seit seiner Aufführung vor 20 Jahren unstritten gewesen. Das gläserne Eisfenster Pippa, der Handwerksburche Michael aus Wollentucksdorf und die mythische Persönlichkeit mit dem beziehungsreichen Namen Wann reden zu rüchelt und philosophisch, als daß man zum reiflichen Ge-nuß des Märchenspiels kommen könnte. Die wenigsten Zuschauer ver-nehmen kaum vollständig des Dichters Absichten, warum verschmelt aber der Regisseur Heinz Hilpert die beiden letzten Akte zu einem? „Und Pippa tanzt“ ist besonders im dritten Akt so reich an symboli-schen Andeutungen, daß der Zuschauer eine Pause braucht, um seinen Geist zu sammeln und ausnahmsfähig zu machen für die Wunder der letzten Szenen. Dafür aber schenkt uns Hilpert eine holde Pippa in Toni von Cyp und einen erschütternden Bergriesen Huhn in dem prächtigen Heinrich George. Joghast, zart und kindlich un-beholden geistert Toni von Cyp durch die Szene. Selbst die getünfelten Löne und Gesien wirken bei ihr wie bei einem Naturkind, das ihre Umgebung in ihrer Rolle vergißt. Der unheimliche alte Glasbläser Huhn war auch in seiner Bier nach der schönen Pippa noch rührend und menschlich in seinem sterblichen Schreien. Mathias Weman, der den Michel spielte, erinnert in allen seinen Rollen an einen idealistischen Landlehrer. Das Frische und Unerwartete kam dadurch nicht so recht zur Geltung. Das Drama brachte es bei seiner Erst-aufführung gestern nur zu einem Achtungserfolg.

Ernst Degner.

Die Umstellung am Kaffee Staats-theater. Nachdem der vom Kultusministerium nach Kassel berufene bekannte Musikchriftsteller Paul Bekker in der vorigen Spielzeit die größten Hindernisse, die eine veränderte Leistung nach dem Kriege gebührt hätte, beseitigt hat, vertritt die neue Spielzeit einen neuen Aufschwung des Kasse-ler Theaterlebens. Paul Bekker hat sich für das Schauspiel einen der ersten deutschen Regisseure, Johann Traalow, verpflichtet, der mit einer „Kreidetreue“-Inszenierung die Erstausführungen eröffnet. Die Oper wird eine Kraußführung des jungen, sehr begabten Kom-ponisten Ernst Krenek, „Orpheus und Eurydike“, bringen. (Krenel ist seit einem Jahr künstlerischer Beirat des Staatstheaters.) Die für die deutschen Bühnen vorbildliche Pflege der Kammeroper wird mit fast ganz unbekanntem Werken von Boildieu, Dittersdorf, Kon-ling, Offenbach, Bergolese und Hillidor fortgesetzt.

Ein neues Mittel gegen die Cepra. Die furchtbare Menschheits-geißel des Ausfaches ist in letzter Zeit erfolgreich durch das Del der Chaulmogra bekämpft worden, einer Pflanze, die nur in Indien

vorkommt und aus der nur Del in kleinen Mengen gewonnen werden kann, so daß das Mittel sehr teuer ist. Daher ist es von großer Be-deutung für die Bekämpfung dieser überaus schweren Krankheit, daß man in Brasilien ein anderes Heilmittel gegen die Lepa gefunden hat. Wie G. Rosenheim in der „Umschau“ mitteilt, gelang es brasilianischen Gelehrten, in der Frucht der in den nördlichen Staaten Brasiliens sehr verbreiteten Sapucaia ein Spezifikum gegen die Lepa zu finden. Die Frucht, die zwischen 100 und 1000 Gramm wiegt, hat zahlreich Samenkörner, aus denen man in einer Menge von 70 Proz. ihres Gewichtes eine klare gelbliche Flüssigkeit gewinnt. Da die Lepa in Brasilien sehr verbreitet ist — im Staat Sao Paulo gibt es allein gegen 5000 Kranke — so ist diese Entdeckung höchst legerreich, und man hofft, schon innerhalb eines Jahres so viel von dem neuen Mittel hergestellt zu haben, daß man von Chaulmogra unabhängig wird.

Mord wegen eines philosophischen Streites. Ein New Yorker Bericht wird sich demnächst mit einem Kriminalfall zu befassen haben, der nicht nur die amerikanische Öffentlichkeit, sondern auch ganz besonders die Irrenärzte des Landes interessiert. Es handelt sich um den neunzehnjährigen Emanuel Silberstein, der seinen Freund und Lehrer, den Philosophieprofessor James Callih, mit einem Hammer getötet hat. Der junge Mann galt als außer-ordentlich befähigter Mensch; er zog als Student durch seine wissens-schaftlichen Leistungen die Aufmerksamkeit seiner Lehrer auf sich, nachdem er schon vorher das Anzeug mit spielender Ueberlegenheit absolviert und sich für das Spezialstudium psychologischer Probleme entschieden hatte. Durch diese wissenschaftliche Arbeit kam er mit Callih in enge Verbindung, der an dem strebsamen jungen Mann Gefallen fand und ihn als Assistenten beschäftigte. Lehrer und Schüler verbrachten ganze Nächte miteinander und besprachen die neuesten philosophischen Theorien in innigem Gedankenaustausch. Eines Tages stellte sich nun heraus, daß Callih über die Freudsche Psychoanalyse anderer Meinung als sein Schüler war; als es diesem nicht gelang, seinen Lehrer mit wissenschaftlichen Argumenten zu belehren, ergriff er seinen Hammer und tötete Callih mit einigen furchtbaren Schlägen. Der Täter ist in stumpfe Gleichgültigkeit verfallen; sein Schicksal scheint ihm nicht im geringsten zu kümmern, und er antwortet mit unbeteiligter Miene auf die Fragen des Untersuchungsrichters.

Im Collingmuseum bricht Donnerstag, 8 Uhr, Hermann Mentele über „Leben im Erel mit Viktor Goetz“ (Vorgeschichte des „Kathen“) und Selma Hengsberger spielt Werke von Bach und Beethoven.

Reinhold Torgore, der augenblicklich eine große Turne in Stan-dinavien absolviert, spricht am 13. September in Berlin in der Philharmonie über die „Philosophie der Arbeit“. Der Vortrag wird von Prof. Hon-Zabore, dem Leiter der indischen Sprache an der Berliner Universität, vorüberwiegend.

Die Frankfurter Stadverordneten bewilligen dem Goethe-Fest. Die Stadverordnetenversammlung stimmte gestern der Schaffung eines Goethe-Festes von 10 000 M. mit großer Begeisterung ab, der von der Kommission abgeordneten Form zu, wozu dieser Betrag alsbaldig zu Goethes Ge-burtstag dem neubekanntesten Dichter des deutschen Sprachgebietes zuwenden soll. Der Magistrat hatte ursprünglich vorgeschlagen, den Wettbewerb auf die internationalen Dichter auszuweiten, was in weiten Kreisen Be-zweifeln hervorgerufen hatte.



## Die Einigung in Genf.

### Vorkauf der Unteranschußbeschlüsse.

Genf, 1. September. (W.B.) Die Regeln, die der Unteranschuß des Prüfungsausschusses am späten Abend unter Vorbehalt des polnischen Vertreters Sokal, der seine Stimme erst bei der Abstimmung im Vollauschuß abgeben will, für die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder aufgestellt hat, haben in der Ueberrückung folgenden Wortlaut:

Artikel I. Die nichtständigen Mitglieder des Rates werden für die Dauer von drei Jahren gewählt. Sie treten ihr Amt sofort nach ihrer Wahl an. Jedes Jahr wird ein Drittel der Mitglieder gewählt.

Artikel II. Ein auscheidendes Mitglied kann während der auf den Ablauf des Mandates folgenden drei Jahre nicht wiedergewählt werden, es sei denn, daß die Bundesversammlung beim Ablauf des Mandates oder im Laufe dieser drei Jahre mit Zweidrittelmehrheit anders beschließt. Jedoch darf die Zahl der auf diese Weise wiedergewählten Mitglieder nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der im Rat sitzenden nichtständigen Mitglieder betragen.

Artikel III. Die Zahl der nichtständigen Mitglieder des Rates wird auf neun erhöht.

### Artikel IV. Uebergangsbestimmungen.

§ 1. Im Jahre 1926 werden neun nichtständige Mitglieder des Rates von der Bundesversammlung in der Weise gewählt, daß drei für drei Jahre, drei für zwei und drei für ein Jahre gewählt werden.

§ 2. Von den im Jahre 1926 auf diese Weise gewählten neun Mitgliedern können durch eine Entscheidung der Bundesversammlung, die in besonderer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit zu treffen ist, höchstens drei für wiederwählbar erklärt werden.

§ 3. Die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit, die im Jahre 1926 im voraus einem oder zwei oder drei der alsdann gewählten Mitglieder etwa zuerkannt wird, läßt das Recht der Bundesversammlung unberührt, in den Jahren 1927, 1928 und 1929 zugunsten anderer, alsdann aus dem Rat auscheidender nichtständiger Mitglieder von der in Artikel II vorgesehenen Befugnis Gebrauch zu machen. Es versteht sich indessen, daß, sofern bereits drei Mitglieder 1926 die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit besitzen, die Bundesversammlung von jener Befugnis nur in besonderen Ausnahmefällen Gebrauch machen wird.

Zur Erläuterung dieser Beschlüsse wird an zuständiger Stelle folgendes gesagt:

Diese Regelung für die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder behält in allen Punkten die allgemeinen Grundzüge bei, auf die man sich im Mai in der ersten Tagung der Studienkommission geeinigt hatte. Es bleibt dabei, daß grundsätzlich das Rotationsystem eingeführt wird, daß also die jedes Jahr auscheidenden drei Mitglieder nicht wiedergewählt werden können, sondern eine dreijährige Sperrzeit durchzumachen haben, bevor sie von neuem kandidieren dürfen. Hieron ist eine Ausnahme nur insofern zulässig, als einzelne Mitglieder mit einer besonderen Mehrheit, nämlich der Zweidrittelmehrheit, sofort nach Ablauf ihres Mandates wiedergewählt werden können, wobei jedoch die Bedingung gilt, daß zu keiner Zeit mehr als drei wiedergewählte Mitglieder im Rate sitzen dürfen.

### Die einzige Aenderung.

Die jetzt gegenüber den Beschlüssen vom Mai vorgenommenen Aenderungen, die sich auf die Uebergangszeit, um das Rotationsystem in Gang zu bringen, sind naturgemäß gewisse Uebergangsbestimmungen notwendig. In den Vorschlägen lautete diese Uebergangsbestimmung dahin, daß von den neun im Jahre 1926 zu wählenden Mitgliedern drei auf ein Jahr, drei auf zwei Jahre und drei auf drei Jahre gewählt seien, und daß im Jahre 1927 von der Gesamtzahl dieser neun Mitglieder drei mit Zweidrittelmehrheit bezeichnet werden könnten, die nach Ablauf ihres Mandats für die Wiederwahl zugelassen werden. Diese Uebergangsbestimmung ist jetzt insofern geändert worden, als die Bezeichnung der drei während der Uebergangsperiode wiederwählbaren Mitglieder schon 1926 erfolgt. Diese Vorsehung der Uebergangszeit über die Wiederwählbarkeit um ein Jahr wird aber ergänzt durch eine andere Bestimmung, wonach die Bundesversammlung die Möglichkeit behält, in den Jahren 1927, 1928, 1929 in besonderen Ausnahmefällen an Stelle der 1926 für wiederwählbar erklärten Staaten auch andere Staaten für wiederwählbar zu erklären. Macht die Bundesversammlung in den Jahren 1927, 1928 oder 1929 von dieser letzten Befugnis Gebrauch, so hat das zur Folge, daß, da immer nur drei wiederwählbare Mitglieder im Rate sitzen dürfen, eine entsprechende Anzahl der im Jahre 1926 für wiederwählbar erklärten Staaten tatsächlich für eine Wiederwahl nicht mehr in Frage kommt.

Am übrigen bleibt sowohl nach den neuen Beschlüssen wie auch nach den Beschlüssen vom Mai zu beachten, daß der

Beschluß über die Wiederwählbarkeit nicht gleichbedeutend ist mit der tatsächlichen Wiederwahl.

Ein Staat, der für wiederwählbar erklärt worden ist, muß sich vielmehr nach Ablauf seines Mandats noch einmal in gleicher Weise wie die übrigen dann auftretenden Kandidaten zur Wahl stellen.

## Das völkerverbundfeindliche Mexiko.

Mexiko, 1. September. (W.B.) Infolge des (angeblich sogar gefälschten Red. d. M.) Protestes der Regierung Nicaraguas bei dem Völkerverbund gegen eine mexikanische Einmischung in den Aufstand in Nicaragua hatte der Völkerverbund Mexiko um Auskunft gebeten. Mexiko antwortete: „Mexiko ist nicht Mitglied des Völkerverbundes und bedankt sich für Ihre Vorstellungen.“

## Der Aufstand in Nicaragua.

### Eingreifen Nordamerikas.

Washington, 1. September. (W.B.) Das Staatsdepartement (Wahnenministerium) hat den amerikanischen Geschäftsträger in Managua beauftragt, dem Präsidenten der Republik Nicaragua eine Note zu überreichen, worin die Regierung für einen etwaigen Angriff auf Bluefield, wo amerikanische Seesoldaten zum Schutz der Ausländer gelandet sind, verantwortlich gemacht wird. Eine Truppe Revolutionäre soll nämlich auf Bluefield marschieren. Den Amerikanern wird die Absicht zugesprochen, Bluefield und das Hinterland als neutrale Zone zu erklären.

## Aus der Partei.

### Scheidemanns Gattin gestorben.

Unser Genosse Philipp Scheidemann ist von einem schweren Verlust betroffen worden. Seine Gattin erlitt am gestrigen Tage einen Schlaganfall, aus dem sie nicht wieder erwachte. Heute früh erlosch das Leben dieser tapferen Frau, die ihren Mann in allen schweren Kämpfen seines Lebens eine treue, verständnisvolle Lebensgefährtin gewesen war. Sie hatte nicht nur Sorge und Not früherer Zeiten mit ihm getragen, sondern ihm auch zur Seite gestanden, als über ihn, den beschriebenen Mann, alle niederträchtigen persönlichen Angriffe der Gegner niederprasselten. So wurde, namentlich in der Oberbürgermeisterzeit in Kassel, das Leben für sie zu einem wahren Martyrium. Als einfache Frau aus dem Volke, die sie immer blieb, hat sie ihre Rolle an der Seite ihres Mannes, der vom Stier zum Reichkanzler aufstieg, mit natürlichem Takt ausgefüllt. Mit dem Gatten und allen seinen Freunden trauern drei erwachsene Töchter und zwei Enkelkinder an ihrer Bahre.

## Der Schornstein.

Früher gehörte es einmal zu den Reizen des Stadtlebens, mit wachen Sinnen das Werden zu verfolgen, das niemals aussetzte, stets neue Ueberraschungen bot und doch in all seinen Erscheinungen nur das Lebendige einer Zeit zum Ausdruck brachte.

Am Guten wie im Schlimmen, es ist in dieser Hinsicht sehr still geworden. Krieg und Nachkriegszeit lähmten die Bautätigkeit und gaben dem Volk keine Gelegenheit mehr, seinen Geschmack zu äußern. Das ist schade, denn das Verlangen lebensvoller Anhauslichkeit mühte eine Lücke in die Volkstultur bedeuten. Katastrophales Versäumen brachte es so weit, daß man sich heute überhaupt nicht mehr darum bekümmert, was gebaut wird. Da kann es geschehen, daß sich Straßenbilder ändern, ohne daß es jemand inne wird. Dafür haben wir jetzt in Berlin ein klassisches Beispiel. In dieser an sich fast trostlosen Eintönigkeit des Geschäftsviertels offenbarte sich bisher jedem, der es sehen wollte, ein hübsches städtebauliches Bild: der Turm der Jerusalemer Kirche, anheimelnd trotz seiner Gedringtheit, fast großväterlich behäbig, ein Stück steinernen Spieghärtums, brachte Abbruch und Belegung in eine Reihe von Geschäftsstraßen. Der Lindenstraße gereicht er heute noch zum Vorteil, seine Wirkung geht außerdem die Oranienstraße hinunter fast bis zum Görlitzer Bahnhof. Das ist gut so, etwas Monumentalität hat doch schließlich auch eine Berliner Geschäftsstraße vonnöten. So war es auch in der Kochstraße. Und heute? Der gute alte Turm ist für immer entthront, vergeblich sucht er sich zu retten, er kommt nicht mit dem jungen Rivale, der hinter ihm in die Höhe schoß, ohne daß jemand davon wußte oder daß eine Kunstkommission gefragt worden wäre. Ein Schornstein von 100 Meter Höhe, also mehr als fast jede Berliner Turmspitze — damit hätte man sich vielleicht sogar in früherer Zeit beschäftigt. Es ist an sich nicht viel verdorben worden — nein, der Schornstein der Reichsdruckerei ist hier an seinem Platz, mehr als die markere Kirche, und wir können nicht sagen, daß er in uns das Gefühl des Häßlichen erregt. Aber, und das muß wirklich hervorgehoben werden: so gut hier plötzlich ein Riese nach den Wolken griff, kann es in jedem anderen Stadtviertel geschehen, und was sich die Dresdner Bank erlaubt, ja, warum soll das nicht auch einmal einem Schornstein einfallen?

Vielleicht taucht einmal ein Kollege von ihm hinter den berühmten Gontardschen Türmen auf oder sonst an irgend einem der wenigen Plätze, die in Berlin von städtebaulicher Schönheit sind.

Und das ist eine Gefahr.

## Die Vernehmung des Strausberger Mörders.

### Er wußte zu leben.

Die Vernehmung des jugendlichen Mörders Karl Böttcher ist nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangt. Bei der Durchsicht seiner Wohnung in der Linienstraße wurden zwei Schließkörbe gefunden, die zwei bessere Anzüge und Wäsche und einige abgetragene Kleidungsstücke enthielten. Außerdem entdeckte man noch einige Schmutzschalen und Munition für seine Selbstabepistole. So bedürftig, wie Böttcher sich hinstellen pflegte, kann er aber nicht gewesen sein. Es kam ihm auch nicht darauf an, den Kavallerie zu spielen, wenn er über eine größere Summe verfügte. So wurde festgestellt, daß er mit den von Frau Streif erbeuteten 116 M. in Gesellschaft eines jungen Mädchens den Lunapark besuchte. Man fuhr im Auto hin, ließ keine der Sehenswürdigkeiten aus und speiste auch. Mit Schrecken nahm Böttcher wahr, daß das Vergnügen und die Wünsche seiner Begleiterin ein erhebliches Loch in seinen Geldbestand rissen. Er beschloß daher, sich von dem Mädchen zu trennen. Als ein Bekannter von ihm in die Provinz abreiste, gab er ihm einen fertigen Brief an die Freundin mit, den der andere in der Provinzstadt zur Post geben sollte. Auf diese Weise wollte er das Mädchen glauben machen, er habe Berlin verlassen und könne deshalb nicht mehr mit ihr ausgehen. Ganz besonderes Bedauern erlebte er bei einem Ueberfall, den er vor 14 Tagen auf der Chaussee von Mariendorf nach Großbeeren verübte. Hier schlich er sich an drei Frauen heran, entriß der einen die Handtasche und schüttete damit querselbst. Zu seinem größten Bedauern enthielt die Tasche aber nur zwei Schminktöpfe, eine Puderdose und ein Taschentuch, Dinge, mit denen der Räuber nichts anfangen konnte. Böttcher wird voraussichtlich schon in diesen Tagen dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

## Ehedrama in einer Schankwirtschaft.

### Aus Eifersucht erschossen.

Eine zerrüttete Ehe fand gestern nacht gegen 11½ Uhr ein blutiges Ende. Der 32 Jahre alte Lehrer Willy Fuchs aus der Puelstraße 4 hatte die 22 Jahre alte Tochter Elise der Schankwirtin Frau Hartung aus der Stallger Str. 102 geheiratet. Die Ehe war aber nicht glücklich. Fuchs war eifersüchtig auf einen Jugendfreund seiner Frau und machte ihr oft heftige Vorwürfe. Als die Schwiegermutter gestern auf einen Tag abwesend war, wurde sie im Lokal von ihrer Tochter vertreten. Am Abend kam Fuchs ebenfalls hin und geriet wieder in Streit mit seiner Frau. Als sie in die Küche ging, folgte er ihr dorthin. Plötzlich hörten die Gäste in den vorderen Räumen zwei Schüsse fallen. Mit Angestellten eilten sie in die Küche und fanden das Ehepaar blutüberströmt auf dem Boden liegen. Fuchs hatte seiner Frau eine Kugel in den Kopf geschossen und sich dann selbst ebenfalls durch einen Kopfschuß getötet. Da die junge Frau noch Lebenszeichen von sich gab, so brachte man sie nach dem Krankenhaus am Urban, wo sie schwer darniederliegt. Die Leiche des Mannes wurde beiläufig und nach dem Schauhaufe gebracht.

## Nach drei Jahren wieder ergriffen.

Drei Jahre „Straussauschub“ verschaffte sich ein berüchtigter Kapelleneindrehler, der jetzt von der Fahndungsinspektion der Berliner Kriminalpolizei wieder ergriffen wurde. Der jetzt 46 Jahre alte Klempner Otto Berendt betrieb als Spezialität Einbrüche in Kapellen, deren wertvolle Geräte er raubte. Im Jahre 1921 drang er auch in die Schatzkammer der Wallfahrtskirche zu St. Tilling in Bayern ein. Er wurde dabei mit seinem Helfersbester, einem gewissen Pribe, von einem Gendarmen überrollt und sollte festgenommen werden. Zwischen dem Beamten und den beiden Verbrechern entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, bei dem Pribe erschossen und Berendt so schwer verletzt wurde, daß er den Widerstand aufgeben mußte. Nach seiner Wiederherstellung wurde er zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Er entwich im Jahre 1923 und blieb trotz aller Nachforschungen der Behörden spurlos verschunden. Doch er von Zeit zu Zeit Absteher nach Berlin machte, erfuhr man aus großen Geschäftseinbrüchen, an denen er nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei beteiligt sein mußte. Er war aber nirgends aufzufinden. Vor kurzem stellte nun die Streife Süd fest, daß Berendt seiner Geliebten in Schöneberg ein Seifengeschäft gekauft und dort auch Unterschlupf gefunden hatte. Durch geschickte im Schaufenster angebrachte Spiegel war der Verbrecher stets in der Lage, die Straße und die Passanten genau zu beobachten. Trotz seiner Vorsichtsmahrempfindung es aber doch, ihn zu überrumpeln. Gestern morgen um 4 Uhr, als er das Geschäft durch einen Hinterausgang verließ, folgte ihm ein Beamter unauffällig, bis er in die Nähe von zwei Schupsoeben gekommen war. Jetzt rief der Kriminalbeamte ihn an. Da der Verbrecher einjah, daß jeder Fluchtversuch unter diesen Umständen zwecklos

sein würde, so ergab er sich in sein Schicksal. Außer seiner Reststrafe von 6½ Jahren Zuchthaus hat der Ergriffene noch eine zweite Anklage wegen verschiedener großer Geschäftseinbrüche zu erwarten.

## Antistiker will ins Gefängnis.

Wie erinnerlich, war Antistiker Anfang Juli unmittelbar nach seiner Verhaftung in die Charité eingeliefert worden, weil die Ärzte übereinstimmend erklärten, daß der Festgenommene so krank sei, daß er eine Haft nicht überleben könne. Iwan Antistiker, der zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren verurteilt ist, gehört eigentlich als Befangener in eine Strafanstalt oder ins Untersuchungsgefängnis. Er selbst scheint sich in der Charité nicht recht wohl zu fühlen, denn er hat durch seine Verteidiger bereits Anfang Juli den Antrag stellen lassen, die zuständigen Behörden sollen ihn ins Untersuchungsgefängnis überführen, da bekanntlich ein neues Ermittlungsverfahren gegen ihn schwebt. Am Untersuchungsgefängnis hätte Antistiker nämlich die Möglichkeit, sich von seinem Hausarzt behandeln zu lassen, während er mit der Charitébehandlung anscheinend nicht recht einverstanden ist. Das Ueberführungsgeheiß Antistikers ist von dem zuständigen Richter geprüft worden, und man hat in der Charité angefragt, ob der Befangene einem Untersuchungsgefängnis und dem Lazarett überwiesen werden könnte. Das Roabitter Untersuchungsgefängnis hat aber geantwortet, daß der Betrieb auf eine Behandlung von Antistikers Krankheit nicht eingerichtet sei, und daß man es ablehnen müsse, hier bindende Verpflichtungen einzugehen. Aus den gleichen Gründen ist auch eine Ueberführung des Verurteilten ins Zuchthaus nicht möglich, und so wird Iwan Antistiker sehr wahrscheinlich in der Charité verbleiben, da nicht anzunehmen ist, daß sein Gesundheitszustand sich jemals wieder so bessern wird, daß er die über ihn verhängte Strafe antreten kann.

## Grundsteinlegung in der Lichtenberger Siedlung.

Die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft Lichtenberger Gartenheim hat gestern zu einem Genossenschaftshaus den Grundstein gelegt. Die Organisation der Kriegsbeschädigten hatten 1920 das Lichtenberger Bezirksamt veranlaßt, das Rittergut Rahlsdorf zu kaufen, zu parzellieren und zu günstigen Preisen an die Kriegsbeschädigten abzugeben. 1921 wurden 50 und 1924 100 Häuser von der Dewog, 1925 weitere hundert von der Gehag gebaut, die in den letzten Wochen bezogen werden konnten. Jetzt ist ein Bauabschnitt von 70 Häusern begonnen, und mit diesem Bauabschnitt wird das Genossenschaftshaus mitgebaut. Es soll in seinen unteren Räumen eine Konsumwarengabestelle aufnehmen. Der Vorsitzende der Siedlungsgenossenschaft, Genosse Bierchner, gab ein kurzes Bild von der Entstehung der Siedlung und wünschte, daß das neue gemeinsame Werk die Siedler noch fester zusammenketten möge. Die Schöpfer der Siedlung, Architekten Bruno Taut und Dr. Martin Wagner, sprachen den Weilspruch. Von 288 ist die Mitgliedsziffer übrigens auf 703 gestiegen.

## Raubüberfall in der Landsberger Straße.

Ein frecher Raubüberfall wurde gestern abend gegen 10 Uhr auf die 41jährige Möbelhändlerin Gertrud Kussin verübt. Frau K., die in dem Hause Landsberger Straße 115/116 ein Möbelgeschäft betreibt, wollte sich vom Laden nach ihre im zweiten Stockwerk gelegene Wohnung begeben. Plötzlich trat ihr ein etwa 20jähriger junger Mann entgegen und streifte ihr Pfeffer in die Augen. Dann entriß er seinem Opfer eine lederne Tasche, in der sich 600 M. bares Geld und einige Berechnungsscheets befanden. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen eilten Hausbewohner herbei, doch gelang es dem Täter unerkannt zu entkommen. Die Polizei ist mit der Aufklärung des Raubüberfalles beschäftigt. Als Täter kann nur ein Mann in Frage kommen, der die Verhältnisse genau kannte und der wußte, daß Frau Kussin einen größeren Geldbetrag bei sich führte.

Mordanschlag in Siemensstadt. Die Haushälterin Erna K., die bei dem Kaufmann Zimmermann in der Siemensstraße 15 zu Siemensstadt die Wirtschaft führt, zog nach einem vorangegangenen Wortwechsel mit J. einen Revolver und drückte ihn mehrmals ab. Schwerverletzt brach Zimmermann zusammen. Er wurde in ein Krankenhaus übergeführt.

Freie Fahrt zur Großen Deutschen Juntausstellung 1926. Um dem für die diesjährige Große Deutsche Juntausstellung vom 3. bis 12. September zu erwerbenden Massenandrang zu genügen, hat das Berliner Messeamt auch diesmal wieder mit den maßgebenden Verkehrsanstalten die Einrichtung getroffen, daß die Eintrittskarten zur Juntausstellung bei sämtlichen Stationen der Hoch- und Untergrundbahn, bei allen Stationen der Stadt- und Ringbahn, sowie der ersten Vorortzone, und bei den Schaffnern der Straßenbahnlinien 53, 72, 75 und 93 zum Preise von 1,50 M. zu lösen sind. Da bei dem Kauf von Eintrittskarten nur an diesen Stellen zum Preise von 1,50 M. auch freie Hin- und Rückfahrt zur Ausstellung gewährt wird, liegt es im eigenen Interesse des Publikums, von dieser Einrichtung regen Gebrauch zu machen. Die Ausstellung ist täglich von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, an den Sonnabenden und Sonntagen bis 10 Uhr abends geöffnet. Die Größungsfestlichkeiten am Freitag beginnen pünktlich um 11 Uhr vormittags im Weisen von einer großen Zahl von Ehrengästen aus der Behördenwelt, der Industrie und der Presse. Am selben Tage findet auch, mit einem Festabend des Verbandes der Funkindustrie, die Einweihung des Funkturn-Restaurants statt, das völlig fertiggestellt, am Freitag, den 3. September, dem Vertreter — während der Juntausstellung zunächst nur für deren Besucher zugänglich — übergeben wird.

Strafentenden der Arbeiter-Radsfahrer. Die Rennfahrer des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“ hielten ihr nächstes Strafenrennen am Sonntag, den 5. September ab. Die Strecke ist 50 Kilometer lang und geht von Spandau-Neustadt über Pausin, Bornide-Weinberge-Brielelang-Pausin zurück nach Spandau-Neustadt, wo am Kilometerstein 4,4 Start und Ziel ist. Wie bei allen Rennen des Bundes, so liegen auch hier wieder zahlreiche Meldungen vor, so daß ein ausserordentliches Feld am Start erscheinen wird, um auf der Strecke im friedlichen, aber rein sportlichen Wettkampf zu zeigen, daß auch die Arbeiter-Radsfahrer verstehen, Rennen zu fahren. Der Sammelstart ist früh 6½ Uhr in Spandau-Neustadt, Lutherplatz, Lokal Subt.

## Die Erde bebt.

Die Azorene Inseln sind, wie aus Lissabon gemeldet wird, von einem großen Erdbeben heimgesucht worden. Auf der Insel Faial wurden 50 Personen getötet. Fast die ganze Stadt Horta ist zerstört.

Auch aus Mexiko, Griechenland und aus Italien werden Erdbeben gemeldet, deren Auswirkung aber nicht sehr erheblich war.

Central-Genographischen-Genographie soll nicht nur Gemeingut aller Gebildeten, sondern eine Volkserziehung für alle Schichten der Bevölkerung sein. Die „Arbeiter-Genographenvereinigungen“ erschienen folgende Karte: Neudamm: Ab Diermann, 7. September, 1/8 Uhr, im Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Str. 206/9 (Nähe Rathaus). D. H. M.: Ab Rostock, 6. September, 1/8 Uhr, in der Gemeindefürsorge, Frankfurter Allee 37 (Nähe Warschauer Str.). Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten im Distriktsbüro, West-Allianz-Str. 7/10, am Mittwoch, 8. September, 1/8 Uhr. Es werden auch Kurse in den anderen Bezirken eröffnet, sofern schriftliche Anmeldungen beim Vorstehenden in genügender Zahl vorliegen. Das Kursgeld beträgt einschließlich der vom Verein gelieferten Lehrmittel für Erwachsene 10 M., für Jugendliche unter 18 Jahren 7,50 M., für Erwachsene 50 Proz. Vereinnahmung. Anfragen beantwortet: Preis-Arbeiter-Genographen-Vereinigung, Groß-Beckin (W. Kiehl, Berlin-Cantow, Poststr. 3, n. 1 St.).



## Wenn die Arbeiter nicht organisiert sind.

Kein Lohn bei 18stündiger Arbeitszeit.

Der Verkehrsband hatte zu gestern abend nach Haveralands Festfällen eine öffentliche Betriebsversammlung aller in der Zentralmarkthalle beschäftigten Markthallenarbeiter einberufen, zu der auch Vertreter der freien Vereinigung der Straßenhändler Berlins geladen waren.

Wie aus dem Bericht des Obmannes Walter vom Verkehrsband und aus der Diskussion hervorging, herrschen in der Zentralmarkthalle hinsichtlich der Bezahlung der Markthallenarbeiter ganz unglaubliche Zustände. Die meisten dieser Arbeiter, die von den Großhändlern zum Verladen und Einwiegen der Ware sowie zum Abfahren dieser Waren zu den Wagen der Klein- und Straßenhändler beschäftigt werden, erhalten nur einen ganz geringen oder gar keinen Wochenlohn. Sie verlangen von den Händlern für das Anfahren der Ware eine Entschädigung, das sogenannte „Chausseegeld“. Weil für das Abfahren von keiner Seite bestimmte Sätze festgesetzt sind, kommt es wegen dieses Chausseegeldes oft zu unliebsamen Auseinandersetzungen zwischen Händlern und Markthallenarbeitern.

Die Händler wissen nie recht, was ihnen die Ware kosten wird, da sie die Abfahrgebühren vorher nicht kennen. Es werden von ihnen oft so hohe Abfahrgebühren verlangt, daß sie gezwungen sind, dieses Geld auf den vorher festgesetzten Verkaufspreis aufzuschlagen und diese ungerechtfertigte Belastung auf die Käufer abzumwälzen, die ja meist auch nur, besonders bei den Straßenhändlern, Arbeiter sind.

Bis zum 31. März 1921 bestand für die Markthallenarbeiter ein Tarifvertrag, der sowohl die 48stündige Arbeitszeit sowie einen festen Wochenlohn vorsah. Ebenso war die Abfahrgebühren durch ein besonderes Abkommen geregelt. Durch die Interessenslosigkeit der Markthallenarbeiter war es dem Verkehrsband nicht mehr möglich, einen neuen Tarif abzuschließen.

Für den Fischgroßhandel besteht heute noch ein Tarifvertrag, an den sich aber weder die Arbeiter noch die Großhändler halten. Arbeitszeiten bis zu 18 Stunden am Tage sind keine Ausnahmen. Die Arbeiter sind meist in keiner Versicherung und völlig der Willkür der Großhändler preisgegeben. Eine ordnungsmäßige Arbeitsvermittlung gibt es bei ihnen ebenfalls nicht. Genosse Walter machte den Versammelten klar, daß eine Abstellung dieser Mißstände nur möglich sei, wenn sich alle Markthallenarbeiter wieder in die Organisation einreihen. Zum Schluß fand folgende Entscheidung einstimmige Annahme:

„Die am 31. August in Haveralands Festfällen versammelten Markthallenarbeiter sind sich in der Auffassung einig, daß endlich eine andere Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden muß. Sie wollen einen festen Wochenlohn gezahlt haben und nicht auf die sogenannten „Chausseegelder“, Trinkgelder usw. angewiesen sein. Sie sind sich aber auch darüber klar, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn sich alle Markthallenarbeiter restlos ihrer zuständigen Organisation, dem Deutschen Verkehrsband, anschließen. Die Versammelten verpflichten sich, durch eine rege Agitation die Voraussetzungen für eine menschenwürdige Entlohnung und Arbeitszeit durch den Abschluß eines Tarifvertrages zu schaffen.“

## „Im Interesse der deutschen Industrie.“

Geisler will kein Arbeitervertreter sein.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Im Auftrage des Herrn Reichstagsabgeordneten Friß Geisler, der sich zurzeit im Auslande aufhält, dort davon Kenntnis erhalten hat, daß Sie seine Moskauer Reise besprochen haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Der Herr Abgeordnete Geisler ist weder als Leiter oder im Auftrage einer deutschen Arbeiterorganisation, noch mit einer Delegation einer solchen in Rußland gewesen. Seine Moskauer Reise erfolgte im Interesse der deutschen Industrie, und insbesondere zwecks Beschaffung von russischen Aufträgen für deutsche Industriebetriebe im Zusammenhang mit Verhandlungen über den 300-Millionen-Kredit.“

Wir haben niemals daran gezweifelt, daß der deutschnationale Abgeordnete Geisler nicht im Auftrage einer deutschen Arbeiterorganisation nach Rußland gereist ist. Geisler hat niemals im Auftrage einer deutschen Arbeiterorganisation und stets „im Interesse der deutschen Industrie“ so gehandelt, wie die deutschen Scharfmacher die Interessen der deutschen Industrie ausspöhlen.

Wenn der Einsender aber behauptet, daß Geisler dort Verhandlungen pflege über die Vergabe eines Kredits von 300 Millionen, so gestatten wir uns, gelinde Zweifel auszusprechen. Wir möchten einmal das Bankfortium sehen, das ausgerechnet Geisler den Auftrag gibt, ein derartiges Geschäft zu betreiben. Wir zweifeln allerdings nicht daran, daß Geisler nichts unterlassen wird, um ins Geschäft zu kommen.

Dazu noch eine Bemerkung: Die „Rote Fahne“ gibt sich die größte Mühe, den katastrophalen Eindruck zu verwischen, der durch unsere Mitteilung über die Reise des Oberstabschiffen Geisler nach Sowjetrußland bei ihren Anhängern entstanden ist. Sie fragt uns also, warum wir den Bericht des Geisler und nicht die Berichte anderer „Arbeiterdelegierten“ veröffentlichten. Dazu ist sehr einfach zu sagen, daß die sogenannte Arbeiterdelegation ebenso wenig im Auftrage einer deutschen Gewerkschaftsorganisation nach Rußland gereist ist, wie der gelbe Oberstabschiffen Geisler.

Da man aber in Rußland und in Deutschland der Welt vorzuschwindeln versucht, daß die funterbunt zusammengewürfelte Reisegesellschaft, die sich gegenwärtig in Rußland herumfährt, eine Vertretung der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands sei, haben wir durch Veröffentlichung des Berichtes von Geisler aufgezeigt, daß man ein deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und notarieller Unternehmerföhrer sein und gleichzeitig sich für den Arbeiterstaat begeistern kann.

Warum aber verschweigt die „Rote Fahne“ schamhaft folgende Tatsache: Der Vorsitzende der sogenannten zweiten deutschen Arbeiterdelegation, Friß Körber, hat mit einigen anderen Kollegen den Versuch gemacht, seine Berufsgenossen aus dem freigewerkschaftlichen Deutschen Verkehrsband in eine bürgerlich neutrale Organisation hinüberzuführen. Deshalb wurde in der letzten Generalsammlung des Deutschen Verkehrsbandes einstimmig der Beschluß gefaßt, beim Hauptvorstand den Ausschluß dieser merkwürdigen Klassenkämpfer zu beantragen. Der Berichterstatter war übrigens selbst ein Kommunist. Diese Tatsache unterläßt die „Rote Fahne“ ihren Lesern. Hier braucht man wirklich nicht nach dem Grunde zu fragen.

## Tatistündigung der Bergbauangestellten.

Am Arbeitszeit und Gehälter.

Bochum, 1. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Organisationen der kaufmännischen und der technischen Bergbauangestellten haben beim Zechenverband die bis jetzt gültige Gehaltsordnung zum 30. September gekündigt zur Erreichung einer Gehaltserhöhung. Ferner fordern die Organisationen der technischen Angestellten eine Revision des Ueberarbeitszeit-Abkommens, da die Zechenverwaltungen das Abkommen vom Februar 1924 unberücksichtigt lassen und Ueberarbeit in

einem unerträglichen Maße fordern. Die kaufmännischen Angestellten wünschen die Befestigung der beiden untersten Gehaltsstufen in jeder Gruppe, um dadurch eine schnellere Erreichung des Endgehalts herbeizuführen. Die Zechenverwaltungen erwidern, daß der Zechenverband diesmal von Organisationen in freier Vereinbarung eine Gehaltserhöhung jübilligt, da besonders bei den letzten beiden Lohn-erhöhungen der Bergarbeiter eine Erhöhung der Angestelltengehälter unterblieben ist.

## Es wird noch stillgelegt.

Bochum, 1. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Glasfabrik von Gebr. Müllenstedten sind im Laufe der Woche einige hundert Arbeiter entlassen worden.

Die Gesellschaft für Leerverwertung in Castrop-Rauel hat beim Demobilisierungskommisariat die Stilllegung einer Elektrodenfabrik zum 1. November angemeldet. Betroffen werden insgesamt 120 Arbeiter und 10 Beamte.

## Ultimatum der polnischen Bergarbeiter.

Antwort bis 3. September.

Warschau, 1. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag fand in Katowitz die Konferenz des polnischen Bergarbeiterverbandes statt. Sie wurde heroorgerufen durch die Ablehnung der geforderten Lohnhöhung. Die Konferenz nahm eine Entscheidung an, in der zum Ausdruck kommt, daß die polnischen Industriellen absichtlich versuchen, eine positive Entscheidung hinauszuzögern, und deshalb eine Klärung bis spätestens zum 3. September gefordert werden muß. Falls bis dahin eine positive Antwort auf die Forderungen der Bergarbeiter nicht gegeben werden sollte, ist eine neue Delegiertenkonferenz beabsichtigt, die zweifellos den Streik ab 6. September proklamieren wird. Dieser Streik würde außer den Kohlenruben wahrscheinlich auch die Metallschwerindustrie ganz Polens umfassen.

## Die amerikanische Unterstützungaktion.

London, 1. September. (U.) Miß Wilkinson, die mit der britischen Bergarbeiterdelegation aus Amerika zurückgekehrt ist, äußerte sich sehr befrühdigt über die Aufnahme der Delegation in den Vereinigten Staaten. Ein große amerikanische Gewerkschaften hätten ihre Mitglieder aufgefordert, den kämpfenden englischen Bergarbeitern zu helfen.

London, 1. September. (U.S.) Aus New York wird berichtet, daß Ben Tillie, Vorsitzender der Abordnung, sich gestern nach England einschiffte. Wie er meldet, hat eine Konferenz von 21 amerikanischen Gewerkschaften den Beschluß gefaßt, ihre Mitglieder dringend zu ersuchen, zur Unterstützung der britischen Bergarbeiter weitherzig zu spenden.

## Die englische Kohleneinfuhr.

London, 1. September. (U.) Der Bergbauminister teilt mit, daß von Anfang Mai bis zum 28. August 600 000 Tonnen Kohle eingeführt worden seien. (Das ist — in drei Monaten — der Verbrauch für zweieinhalb Wochen.)

## Arbeitsaufnahme zu den alten Bedingungen.

London, 1. September. (U.S.) Das Sekretariat des Grubenbesitzerbundes teilt mit, daß gestern mehrere tausend Arbeiter in verschiedenen Bezirken zu den früheren Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Artur Strauss; Gewerkschaftsbewegung: J. Geisler; Feuilleton: Dr. John Schifowski; Satire und Sonette: Friß Körber; Anzeigen: Th. Glöde; Familien in Berlin: Berlin; Bornhördt-Berlin G. u. H. G.; Berlin. Druck: Bornhördt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

# PEEK & CLOPPENBURG

BERLIN C 19 • GERTRAUDTEN-STRASSE 25-27 • ROSS-STRASSE 1-4

## Beinkleider fertig am Lager

31227 Schwarzer Grund mit breiten grauen Streifen M. 750	31257 Dunkelgrauer Grund m. schmalen schwarzen Streifen M. 850
31239 Grauer Grund mit schwarzen Doppelstreifen M. 1150	31144 Schwarzer Grund mit hellgrauen Streifen M. 1750
31194 Schwarzer Grund mit ruhigen grauen Streifen M. 20.-	31122 Dunkelgrauer Grund mit schmalen, schwarzen Streifen M. 23.-
31049 Blaugrauer Grund mit schwarzen Streifen M. 28.-	31150 Gleichmäßig schwarz u. grau gestreiftes Beinkleid, feine Ausführung M. 34.-
Blaue Hosen, Sport- form, mit Umschlag M. 17.- 24.- 34.-	Manchesterhosen, sehr strapazierfähig M. 11.- M. 18.-
Schwarze Beinkleider, a. guten haltb. Stoffen M. 18.- 25.- 30.-	Loden-Beinkleider, erprobte Stoffe M. 15.- M. 22.-

## Pumphosen, Breeches Laufhosen, Stiefelhosen Reithosen

In reicher Auswahl

Schuhwaren für Jagd, Sport u. Wirtschaft

## Sport-Stiefel

Wanderstiefel :: Bergsteiger

nur in dem bekanntesten Spezialgeschäft

H. Bähr

Spittelmarkt 7

u. d. Brücke

Photoapparate  
Bedarfsartikel  
Entwickeln - Kopieren  
gut und preiswert  
Photo - Spezialhaus Haller  
Kottbuser Damm 98

## HUNDE

Katzen, Papageien und alle  
Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik

Chausseestraße 93

neben Kriepervereinshaus

Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Bedienern Adolf Pohl

Dresdener Straße 15

(Fabrikgebäude.)

10 PF  
100 MARK

Qualitäts-, Rabsil-  
u. Reklamemarken  
gegen Nachahmung  
gesetzl. gesch.  
fertigt seit 48 Jahr.  
als Spezialität  
Conrad Müller  
Schkeuditz-Leipzig

Wabe  
Speise-  
herren-  
schlaf-  
Zimmer,  
bekannt gut  
und billig.  
Neugebauer  
CHARLOTTENBURG  
Wilhelmsufer 10, III  
Ecke Schiller Str.  
König-Laden  
Besichtigen Sie mein  
reichhaltiges Lager.

Inlieren  
bringt ERPOLGI

## Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf

\*Fernsprecher: Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Plötzburg 9831

Anstellungsrumme und Lager

Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Köntöstadt 540.

Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges

zu kulanten Zahlungsbedingungen.

Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

## Ihr Bruch

wird immer größer, wenn Sie ein schlechtes und lästiges Federband oder Gummiband tragen. Durch solche Bänder verschlimmert sich das Leiden und kann zur Tabeslähmung werden. (Es entsteht Krampfsteifung, die überlistet werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Deshalb liegt es in Ihrem Interesse, sich meine äußerst bequeme, unermüdbare Spezial-Bandage anfertigen zu lassen. Durch Tag und Nacht Tragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleidende selbst geholt.

Berlin, 1. September. U. B. schreibt u. a. „mein schwerer Rückenbruch ist geholt. Ich bin wieder in meinem 68. Lebensjahre ein ganzer und glücklicher Mensch.“ Dankwird Fr. Et. schreibt u. a.: „Ich lebe mich genügt, Ihnen nach 2 Jahren meinen unigen Dank auszusprechen... wurde ich ganz befreit von meinem Leiden.“

Bandagen von R. 15.- an. Für Bruch- und Verfallende kostenlos zu senden in: Berlin W 97, Friedrichstraße 94, 1. Etage, jeden Montag von 9-4, Sonntags von 11-2 Uhr.

R. Ruffing, Spezial-Bandagist  
Köln, Donner Straße 249.

## Eine Himmelskunde für Jedermann!

Keine Astronomie im engeren Sinne mit Formeln und vielen Zahlen, sondern die wichtigsten Grundlagen unter Berücksichtigung der neueren Forschungen in formvollendeter, leichtverständlicher Sprache

## Das Weltgebäude

durch die Jahrausende und im Lichte der neueren Physik  
von Ernst Mühlbach

184 Seiten auf bestem Kunstdruckpapier, mit 2 Tafeln und 58 Abbildungen, darunter 20 nach prachtvollen Himmels-Photographien Geschmacksvoll in Halbleinen gebunden mit Goldprägung des Titels

Preis RM. 5.-

Zu beziehen durch:

J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Lindenstr. 2  
sowie durch die Vorwärts-Ausgabestellen